

"Ostzonale Quasi-Souveränität" in Die Welt (12. Oktober 1949)

Legende: Am 12. Oktober 1949 berichtet die deutsche Tageszeitung Die Welt über die Proklamierung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) in Ostberlin und analysiert die zwielichtigen Beziehungen zwischen der sowjetischen Besatzungsmacht und den Zivilbehörden der DDR.

Quelle: Die Welt. Unabhängige Tageszeitung. Hrsg. Küstermeier, Rudolf ; R Herausgeber Scherer, Hans. 12.10.1949, Nr. 165; 4. Jg. Hamburg: Die Welt. "Ostzonale Quasi-Souveränität", p. 2.

Urheberrecht: (c) Die Welt

URL: http://www.cvce.eu/obj/ostzonale_quasi_souveranitat_in_die_welt_12_oktober_1949-de-73a5e6ef-7d2e-4c9e-988b-8cac5484afda.html

Publication date: 03/07/2015

Ostzonale Quasi-Souveränität

Mit rasender Geschwindigkeit rollt im Ostsektor von Berlin der Film ab, der den Titel führt: Vom Werden einer Volksdemokratie. Am Montag wurde der zweite Akt aufgeführt: die Proklamierung des neuen politischen Status, erfolgt in einer Zusammenkunft des Volkskammerpräsidiums, dem sich auch der designierte Ministerpräsident Grotewohl beigesellt hatte, mit General Tschulkow. Dann folgte am Dienstag der dritte Akt, die Einsetzung der obersten Organe der neugeschaffenen Volksdemokratie. Die Arbeit kann beginnen. Man ist versucht, zu sagen: Gute Reise!

Wie ist nun der für die Ostzone neugeschaffene politische Status beschaffen? General Tschulkow verkündete, daß die Ära der sowjetrussischen Militäradministration ihr Ende gefunden habe. An ihre Stelle trete die sowjetrussische Kontrollkommission, eine zivile Instanz. Es vollzieht sich also hier das gleiche, was auf dem Gebiete der Bundesrepublik schon vor einiger Zeit geschehen ist, nämlich die Auflösung der Militärregierung und die Schaffung einer die Tätigkeit der obersten deutschen Staatsorgane kontrollierenden Instanz der Besatzungsmacht.

Nachdem im Westen diese Umorganisation bereits vollzogen war, blieb der Sowjetunion als Besatzungsmacht nichts anderes übrig, als einen ähnlichen Schritt zu tun. Ein Festhalten an dem Prinzip der Militärregierung, wie sie nur für die erste Zeit nach der Einstellung der Feindseligkeiten vorgesehen war, war unmöglich.

Da aber General Tschulkow und alle Ostzonenpolitiker in immer neuen Steigerungen das Werk von Bonn und die dort geschaffenen Institutionen mit ihren Schmähungen überschütten, kann das, was jetzt im Ostsektor von Berlin entstanden ist, nicht mit dem identisch sein, was in Bonn geschaffen wurde. Was ist also hier das Wesen dieses neuen Status? Offen gestanden, man wird aus den letzten Kundgebungen nicht recht klug.

Es gibt eine Verfassung des Volkstages, die in Kraft gesetzt, allerdings auch sofort gebrochen wurde. Bei der montägigen Zusammenkunft haben sowohl die deutschen Politiker als auch General Tschulkow viel von dem Potsdamer Übereinkommen und anderen Viermächtebeschlüssen gesprochen, die für die neue politische Organisation der Ostzone die Grundlage bilden sollen. Die Bedeutung des Potsdamer Übereinkommens wurde besonders unterstrichen, obgleich gerade dieses fast nichts enthält, was hier von Belang sein könnte.

Das Potsdamer Übereinkommen war nur der Rahmen, in dem die Erneuerung der deutschen Staatlichkeit hätte erfolgen sollen. Wie in diesem neuen Staat das Verhältnis zu den Mächten zu stabilisieren und zu normalisieren wäre, das blieb auch nach der Potsdamer Konferenz offen. Wer in Zukunft und nicht nur, in der Zeit unmittelbar nach vollzogener Kapitulation Herr im Haus sein soll, darüber steht im Potsdamer Abkommen nichts.

Wer also ist jetzt der Herr im Hause der Ostzone? Ein Satz aus der Ansprache, die der Vorsitzende des Volkskammerpräsidiums an General Tschulkow richtete, gibt hier einen Einblick. In ihm ersucht der Volkskammerpräsident den General, dem designierten Ministerpräsidenten Grotewohl Gelegenheit zu geben, daß dieser ihm, Tschulkow, „die politischen Beweggründe unseres Handelns und die Ziele der Arbeit dartue, zu deren Aufnahme wir Ihre Zustimmung erbitten. Dieser Aufgabe werde sich mit Tschulkows Zustimmung Herr Grotewohl unterziehen“.

Mit diesen Worten erbittet also der Volkskammerpräsident den Segen des Generals für die zu installierende Regierung Grotewohl. Dies nicht nur im bildlichen Sinne. Das Plazet des Generals stellt nach dieser Formulierung erst jenen staatsrechtlichen Akt dar, der die Existenz der Regierung begründet, anders hätten die Worte des Volkskammerpräsidenten keinen Sinn.

Hier scheiden sich die Wege der Ostzonenpolitik von jenen, die die deutschen Politiker in Bonn gegangen sind. Das am Rhein geschaffene neue deutsche Staatsrecht, niedergelegt im Bonner Grundgesetz und im Besatzungsstatus, einschließlich der dieses Statut ergänzenden Dokumente, sieht als Übergangsmaßnahme

eine Teilung der Souveränitätsrechte in Deutschland vor. Ihre Träger sind für bestimmte Bereiche des staatlichen Lebens der Bundestag und die aus ihm entwickelten obersten Staatsorgane, für andere Bereiche der Hohe alliierte Rat. Die obersten deutschen Instanzen sind derart zwar nicht im vollen Besitz der Souveränität. Sie nehmen aber teil an der Ausübung dieser Souveränitätsrechte in einem wesentlichen Umfang und einem klar umrissenen Ausmaß.

Das Recht, den Bundeskanzler zu wählen, fällt ausschließlich dem Bundestag zu. Es gehört zu jenen Souveränitätsrechten, die deutschen Instanzen vorbehalten sind. Der Bundeskanzler übt sein Amt aus kraft seiner Wahl durch den Bundestag und kraft der auf dieser beruhenden Ernennung durch den Bundespräsidenten. Er bedarf nicht der Bestätigung durch die Hohen Kommissare.

In der Ostzone ist dies anders. Sie kennt zwar nicht das Besatzungsstatut, also auch nicht die klare Aufteilung der Souveränitätsrechte zwischen Ostzonenregierung und sowjetrussischer Kontrollkommission. Nach der Verfassung des Volksrats scheint die Ausübung der Souveränitätsrechte ausschließlich auf deutsche Instanzen konzentriert zu sein. Trotzdem wird für den ersten Ministerpräsidenten der Ostzone die Bestätigung durch General Tschulkow erbeten. Sie wurde erbeten, weil sie erbeten werden mußte, sollte überhaupt die Regierung ihr Amt antreten. Ein solches Bestätigungsrecht Tschulkows widerspricht der Volksratverfassung.

Die Form, in der die Installierung der neuen Regierung vollzogen wird, kommt somit einem neuen Verfassungsbruch gleich. Es ist dies der zweite, seitdem in der Ostzone der volksdemokratische Staat aufgerichtet wird. Und dieser Verfassungsbruch enthüllt das Wesen des jetzt in der Ostzone neugeschaffenen politischen Status. Er enthüllt, wodurch sich dieser Status von den Bonner Institutionen unterscheidet.

Während in der Bundesrepublik eine klare Teilung der Souveränität erfolgt ist, erfolgt in der Ostzone die Aufrichtung einer Quasi-Souveränität. Es ist die Souveränität des Aols-Ob. Die Ostzonenregierung agiert, als ob sie eine unabhängige Regierung wäre. In Wahrheit ist sie eine Regierung, die ihre Autorität ableitet nicht aus dem Willen der durch einen Verfassungsbruch entstandenen Volkskammer, sondern aus der durch einen Verfassungsbruch eingeholten Zustimmung des Generals. Tschulkow ist also geblieben, was er gewesen ist, der Herr im Hause der Ostzone.

Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan

Die im östlichen Teil Deutschlands geschaffene antifaschistisch-demokratische Ordnung hat dem deutschen Volk eine wahre Freiheit und Demokratie gebracht. Das Ziel, die Staatsverwaltung zur Sache der breiten Volksmassen werden zu lassen, ist erreicht und damit die Mission der sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland erfüllt.

Das demokratische Deutschland wird, nachdem es sich endgültig und unwiderruflich dem antiimperialistischen Lager angeschlossen hat, die volle Unterstützung des sowjetischen Volkes und aller anderen Völker der demokratischen Länder genießen. Die Sowjetmenschen werden für die Festigung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen beiden Ländern auf der Grundlage des Meistbegünstigungsprinzips im Handel und Wirtschaftsverkehr eintreten.

Rechtsdrall

Das Auftreten des „Verbandes der Unabhängigen“ ist eine interessante Erscheinung, die jedoch bis jetzt kaum als unheilbringend bezeichnet werden kann. Zum Teil ist der Erfolg des Verbandes dem allgemeinen Zuge nach rechts auf dem europäischen Kontinent zuzuschreiben.

Die Unterdrückung durch die Nazis und die „Befreiung“ durch die Russen hat das österreichische Volk gelehrt, daß es für zwei rivalisierende Parteien besser ist, tolerant zusammenzuarbeiten als durch heftige innere Streitigkeiten den Weg für eine Diktatur frei zu machen.

Auftauchen lassen

Das hervorstechendste Merkmal an der Parlamentswahl in Österreich ist der Aufschwung des neofaschistischen „Verbandes der Unabhängigen“, es ist aber besser, daß die nazistischen Elemente jetzt an die Oberfläche kommen, als daß sie im Verborgenen eine Untergrundbewegung bilden oder sich im Rahmen einer anderen Partei verstecken. Es ist zu hoffen, daß die beiden bisherigen Regierungsparteien noch enger zusammenarbeiten mögen.

Wie leicht kann das ins Auge gehen

Die Westmächte sollten die österreichischen Wahlergebnisse beachten. Eine Partei, welche nationalistisch und militärisch ist, hat große Erfolge erzielt. Das zeigt einfach, daß ein Teil der Deutschen noch das Soldatenspiel liebt.

Die Sowjets haben in ihrer Zone eine ca. 300 000 starke Polizeimacht geschaffen. Warum sollten die Westmächte nicht etwas Ähnliches in der westdeutschen Republik tun.